

Öffentliche Niederschrift
32. Sitzung des Umweltausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 17.09.2025
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 16:06 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Bülent Sahin SPD

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Holger Ingendoh	CDU	
Frank Bandel	CDU	
Karin Dubbert	CDU	
Eugen Lenz	CDU	
Andreas Völker	CDU	
Manuel Otto Prohl	SPD	
Bürgermeister Manfred Flore	SPD	
Dr. Silke Jacobs	SPD	
Dagmar Heitmann	SPD	Vertretung für: Thors-
Dr. Jörg Schröer-Tebbe	SPD	ten Kamps
Tim Heinzen	DIE GRÜNEN	
Ulrich Lütte	BOB im Rat	

sachkundige/r Bürger/in

Albin Bajric	CDU
Dominik Sporkmann	CDU
Ralf Langnese	DIE GRÜNEN
Ralf Schindelasch	DIE GRÜNEN
Florian Schröer	AfD
Lion Rudi	LINKE.LISTE
Maximilian Baum	FDP im Rat

Verwaltung

Beigeordneter Michael Jehn	Dezernat 4
Beigeordneter Dr. Thomas Palotz	Dezernat 5

Keine Teilnehmergruppe

Christian Wittpahl

Abwesend

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Thorsten Kamps	SPD	entschuldigt
----------------	-----	--------------

sachkundige/r Bürger/in

René Pascheberg	SPD	entschuldigt
-----------------	-----	--------------

hinzugewählte Personen

Christian Ejodamen	IR	entschuldigt
--------------------	----	--------------

Keine Teilnehmergruppe

Kirsten Bohnes	CDU	entschuldigt
----------------	-----	--------------

Der Vorsitzende, Herr Sahin, eröffnet die 32. Sitzung des Umweltausschusses um 15:00 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter/innen der Verwaltung, die Vertreter der Presse und die Gäste.

Die Einladungen zur Sitzung sind form- und fristgerecht zugegangen und Herr Sahin stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Auf Nachfrage gibt es keine Wortmeldungen zur korrekt erstellten Tagesordnung.

Der Vorsitzende weist ein weiteres Mal auf die Anwesenheitsliste hin, und bittet alle Anwesenden, hier ihre Anwesenheit zu dokumentieren.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
1	Neues Polizeipräsidium Oberhausen (mündliche Projektvorstellung)	
2	Neugestaltung Platzfläche Centerpoint (mündlicher Bericht)	
3	Luftqualität 2024 - Ergebnisse der Luftqualitätsmessungen des Landesamts für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen (LANUK) vor dem Hintergrund der ab dem Jahr 2030 anstehenden Grenzwertverschärfungen	M/17/6960
4	Ergebnisse des Oberhausener STADTRADELN 2025	M/17/7094
5	Neufassung der Satzung über Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Oberhausen und die Verdienstausschüttung für ehrenamtliche Helfer*innen der anerkannten Hilfsorganisationen.	B/17/7021
6	Jährlicher Sachstandsbericht zum integrierten Stadtentwicklungsprozess	B/17/6775
7	Ersatz-Neubau der Rettungswache Sterkrade, Dorstener Straße 119	B/17/6888
8	Handlungskonzept Integration in Oberhausen	B/17/6924
9	Erwerb von 3 Rettungswagen (RTW) im Jahr 2027 hier: Außerplanmäßige Bereitstellung eines Verpflichtungsermächtigungsbudgets (VE) 2025, kassenwirksam in 2027	B/17/7074
10	Antrag der Linke.Liste-Ratsfraktion gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Verzicht auf Strafverfolgung wegen der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne gültigen Fahrschein	A/17/6857-01

Niederschrift**Öffentlicher Teil**

1 Neues Polizeipräsidium Oberhausen (mündliche Projektvorstellung)

Herr Wendorf (Fa. Ten Brinke Projektentwicklung) hält einen Vortrag per PowerPoint-Präsentation.

Herr Prohl bedankt sich für den Vortrag. Er geht davon aus, dass Vorschläge aus dem Gestaltungsbeirat berücksichtigt werden und ein entsprechender Dialog stattfindet.

Er räumt ein, dass es aus seiner Sicht keine Alternative zur Fällung des bestehenden Baumbestandes gibt. Positiv fallen ihm die energetische Ausstattung und die geplante Ersatzbepflanzung auf.

Dem Ordnungsausschuss zugeordnet hebt Herr Prohl hervor, dass der Standort in Innenstadtnähe dringend benötigt wird. Er erhofft sich unter anderem eine höhere Sichtbarkeit und Präsenz der Polizeibeamten – insbesondere in der Innenstadt.

In diesem Zusammenhang bittet er die Verwaltung um eine Ausweitung der Öffnungszeiten der gemeinsamen Anlaufstelle auf der Marktstraße und der mobilen Wache. Auch hierdurch wird die Sichtbarkeit der Ordnungskräfte erhöht. Die öffentliche Sicherheit und das subjektive Sicherheitsempfinden können durch diese Maßnahmen weiter erhöht werden.

Herr Heinzen hätte sich allerdings gewünscht, dass der Umweltausschuss stärker in die Planung eingebunden wird. Auch er räumt ein, dass die Fällung des bestehenden Baumbestandes alternativlos ist. Diese Erkenntnis bezeichnet er als „schmerzhaftes Lernerfahrung“.

Fraglich ist für ihn, ob statt dem Neubau eines Parkhauses das bestehende Parkhaus am Bero-Center aufgestockt werden könnte. Er wünscht sich für zukünftige Planungen mehr „Out of the Box“-Denken, bei welchem auch diese Alternativen einer Durchführbarkeitsprüfung unterzogen werden. Herr Heinzen bedauert es, dass dies in der vorliegenden Planung nicht geschehen ist.

Herr Jehn führt an, dass die Polizei uneingeschränkte Parkmöglichkeiten vorhalten muss, die nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Die Begründung findet sich auch in möglichen Großeinsatzlagen, bei welchen große Gruppen Beamtinnen und Beamte, die sich nicht im Dienst befinden, in den Dienst geordert werden müssen. Deshalb wird Parkfläche mit Parkmöglichkeiten in geeigneter Anzahl, welche sich an der Zahl der Beschäftigten richtet, vorgehalten werden müssen. Die gemeinsame Nutzung von Parkhäusern mit privaten Betreibern wird entsprechend ausgeschlossen.

Nicht ausschließen möchte Herr Jehn die gemeinsame Nutzung der Parkfläche am DGB-Gebäude.

Herrn Prohl antwortet Herr Jehn, dass die Ausweitung der Öffnungszeiten der gemeinsamen Anlaufstelle gegenwärtig geprüft wird. Das Personal wird entsprechend erhöht. Die ersten Bewerbungen wurden gesichtet und eine Vorauswahl konnte getroffen werden. Nach jetzigem Stand konnten bereits acht neue Kolleginnen und Kollegen eingestellt werden. Aufgrund von Fortbildungen und Fluktuation sind momentan noch nicht alle Stellen besetzt. Dennoch sieht Herr Jehn hier Fortschritte.

Auch die Einsatzzeiten der mobilen Wache werden erhöht. Ein entsprechender Plan wurde ihm bereits vorgelegt.

Herr Bandel möchte mehr Informationen zum Thema Behindertenparkplätze erhalten. Er erkundigt sich, ob die Parkplätze der Straße Am Förderturm in der Planung berücksichtigt wurden. Besuchende ohne entsprechenden Parkausweis können aus seiner Sicht weitere Fußwege akzeptieren.

Herr Bandel hebt nochmals hervor, dass in unmittelbarer Nähe der stark versiegelten Innenstadt weitere Bäume gefällt werden. Er bittet in Zukunft mit weiteren Überlegungen in diese Richtung.

In der Präsentation des Herrn Wendorf bemerkte Herr Bandel zwei verschiedene Fassaden und erkundigt sich nach dem Grund hierfür. Im Gestaltungsbeirat gab es ausgiebige Diskussionen zur Fassadengestaltung.

Herr Wendorf gibt an dass es sich um die Darstellungsweise verschiedener Weise handelt. Kürzlich wurde die Planungsphase zwei abgeschlossen. In dieser Phase lag das Hauptaugenmerk auf dem inneren Bereich des Gebäudes. Hier wurden technische, organisatorische und funktionelle Aspekte geprüft und geplant. Die unterschiedlichen Darstellungen der Fassaden begründet sich in der Erstellung selbst. Eine Fassadendarstellung wurde durch ein Visualisierungsbüro und die andere Fassadendarstellung wurde durch ein Planungsbüro erstellt. Sie wurden für verschiedene Anlässe gestaltet und geben nicht unbedingt die endgültigen Planungen wieder. Nicht nur die Farbe, auch die Anordnung der Fenster und weiteres können sich in Zukunft verändern, bevor auch hier die Planung abgeschlossen wird. Herr Wendorf bestärkt, dass die Planung der Fassade noch nicht begonnen hat.

Herr Lütte schließt sich den Ausführungen des Herrn Heinzen an. Darüber hinaus ist für ihn der Weg von den Behinderten- und Besuchendenparkplätzen zum Polizeigebäude fraglich. Dies begründet er mit dem hohen Verkehrsaufkommen vor Ort und erkundigt sich, ob dort eine Ampelanlage installiert werden kann.

Herr Wendorf bestätigt, dass bereits Gespräche mit verschiedenen Stellen der Verwaltung stattfinden. Hierbei wird auch eine verkehrstechnische Betrachtung stattfinden. Für eine entsprechende Signaltechnik wird Herr Wendorf den weiteren Dialog suchen. Ausschließen möchte er die Aufstellung einer Ampelanlage im Sinne der Barrierefreiheit nicht.

Der Umweltausschuss nimmt den mündlichen Vortrag zur Kenntnis.

2 Neugestaltung Platzfläche Centerpoint (mündlicher Bericht)

Herr Dr. Palotz hält einen Vortrag mittels PowerPoint-Präsentation.

Herr Prohl bedankt sich für den Vortrag. Er empfindet die Übergabe des Centerpoints nach langen Verhandlungen als sehr positiv.

Die Neugestaltung gefällt ihm auf den ersten Blick. Die Reinigung und das Aufrechterhalten der Sauberkeit wird aus seiner Sicht eine Herausforderung, die allerdings nicht nur städtisch, sondern auch gesellschaftlich zu sehen ist.

Herr Prohl möchte erfahren, ob die Stadt Oberhausen bei der Finanzierung mit Mehrkosten rechnet, die diese tragen muss oder ob eine Abdeckung gegeben ist.

Herr Dr. Palotz gibt an, dass im Oktober ein Antrag zur Städtebaulichen Förderung eingereicht wird. Hier liegt die angestrebte Förderung bei etwa 5 Millionen Euro bei einer Eigenbeteiligung von 20%, der in jedem Fall für die Stadt Oberhausen anfallen würde.

Der Umweltausschuss nimmt den mündlichen Vortrag zur Kenntnis.

**3 Luftqualität 2024 - Ergebnisse der Luftqualitätsmessungen des Landesamts für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen (LANUK) vor dem Hintergrund der ab dem Jahr 2030 anstehenden Grenzwertverschärfungen
M/17/6960**

Herr Schröer-Tebbe stellt fest, dass es im Zeitraum 2020 bis heute keine signifikante Verringerung der Basiswerte gibt und möchte den Grund hierfür erfahren. Er begründet dies mit der höheren Anzahl Elektroautos und Wärmepumpen.

Herr Wittpahl bezeichnet zunächst die Zeit ab 2020, während der Corona-Pandemie als besondere Zeit, die gesondert betrachtet werden muss. Im Jahr 2020 verringerten sich die Werte auch aufgrund des ersten Lockdowns deutlich.

Ende 2018, Anfang 2019 wurde ein Masterplan für sauberere Luft aufgestellt. Ein Großteil dieser Maßnahmen wurden im Jahr 2020 aktiviert.

Einen leichten Anstieg gab es in Folge der Situationsnormalisierung. Diese Werte setzen sich auch durch Hintergrundbelastungen, die alleine in Oberhausen bei 20 Mikrogramm liegen, zusammen. Diese wurden mit eingerechnet.

Der Fahrzeugflotten, unter anderem der STOAG, wurden, aus dem Masterplan ergebend, erneuert.

Herr Wittpahl gibt Herrn Schröer-Tebbe recht, dass die Veränderung seither nicht groß ist. Der Verkehrsbereich und die Industrie haben hier einen großen Anteil.

Er gibt an, dass bis 2030 Grenzwerte eingehalten werden müssen und erwartet mit Blick auf die im Masterplan festgelegten Maßnahmen positiv auf die Zielerreichung.

Her Rudi möchte erfahren, welche Maßnahmen in den nächsten Jahren umgesetzt werden.

Herr Wittpahl erklärt, dass das Jahr 2026 als Referenzjahr festgelegt wurde. In diesem Jahr wird der Ist-Stand ermittelt. Sollte hier erkannt werden, dass die Ziele nicht erreicht werden können, werden gezielte Maßnahmen eingerichtet. Er betont jedoch, dass die Stadt Oberhausen nur kommunale Maßnahmen durchführen kann und sieht sowohl die Länder, als auch den Bund in der Pflicht weitergehende Maßnahmen umzusetzen.

Weitere Informationen werden aufgrund dieser Datenlage im Jahr 2027 festgeschrieben.

Her Bandel sieht die derzeitige Situation als lohnend und sieht im Großen und Ganzen positive Veränderungen. Fraglich ist für ihn, wer den Fahrplan ab 2027 erstellt.

Herr Wittpahl bestätigt, dass hierfür eigenes Personal innerhalb des städtischen Bereiches Umwelt existiert. Darüber hinaus sind weitere Bereiche wie der städtische Bereich Mobilität beteiligt.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/6960 zur Kenntnis.

**4 Ergebnisse des Oberhausener STADTRADELN 2025
M/17/7094**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/7094 zur Kenntnis.

**5 Neufassung der Satzung über Auslagenersatz und Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Oberhausen und die Verdienstausfallentschädigung für ehrenamtliche Helfer*innen der anerkannten Hilfsorganisationen.
B/17/7021**

Herr Flore berichtet aus seiner 56jährigen Erfahrung bei der Feuerwehr, dass vieles von anderen Kommunen übernommen wurde.

Er lobt die Vorlage und unterstützt deren Inhalt. Dies begründet er mit gewachsenen Herausforderungen. Geänderten Rahmenbedingungen und die außergewöhnliche aktuelle Lage, mit Blick auf die Weltlage und die höhere Anzahl von Extremwetterereignissen, aufgrund des durch den Menschen verursachten Klimawandels. Entsprechend sieht er, dass die verantwortlichen und beteiligten Menschen mindestens auskömmlich finanziert werden sollen.

Klar ist für ihn, dass die Kommune handeln muss. Dies geschieht auch durch Maßnahmen, wie hier vorliegend. Darüber hinaus hofft er, dass Kommunen auf diese Weise auch auf die Länder und den Bund einwirken können.

Herr Flore bestätigt, dass der weitere Ausbau des Zivil- und Katastrophenschutzes mit Kosten verbunden ist. Diese Kosten sieht er jedoch als notwendige Investition in die Zukunft der Stadt Oberhausen und dem hiesigen Bevölkerungsschutz.

Herr Rudi möchte genauerer Angaben zu §4 Abs. 4 erhalten.

Herr Jehn verdeutlicht, dass hier die Aufwandsentschädigung pro Funktion gemeint ist. Es gibt einen Sprecher der freiwilligen Feuerwehr, der für alle Löschzüge zuständig ist. Einheitsleiter und Zugführer gibt es in jeder Wache. Zusätzlich gibt es zwei Gruppenleiter in der Jugendfeuerwehr. Es wird pro Funktion an diese Beschäftigten gezahlt.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/17/7021 einstimmig positiv vor.

**6 Jährlicher Sachstandsbericht zum integrierten Stadtentwicklungsprozess
B/17/6775**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/17/6775 mit großer Mehrheit, gegen die Stimme der AfD positiv vor.

**7 Ersatz-Neubau der Rettungswache Sterkrade, Dorstener Straße 119
B/17/6888**

Herr Prohl bittet die Verwaltung um einen Bericht aller anstehenden Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Feuerwehr der Stadt Oberhausen für einen der künftigen Sitzungen des Umweltausschusses.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache B/17/6888 zur Kenntnis.

**8 Handlungskonzept Integration in Oberhausen
B/17/6924**

Herr Rudi bittet, diese Drucksache ohne Votum vorzubereiten.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache A/17/6924 ohne Votum vor.

9 Erwerb von 3 Rettungswagen (RTW) im Jahr 2027
hier: Außerplanmäßige Bereitstellung eines Verpflichtungsermächtigungsbudgets
(VE) 2025, kassenwirksam in 2027
B/17/7074

Herr Schröder fragt, aus welchem Grund ein Verpflichtungsermächtigungsbudget benötigt wird.

Frau Kenzer begründet die mit der erforderlichen Genehmigung seitens des Umweltausschusses, dass entsprechende Aufträge erteilt werden dürfen, die erst im Haushaltsjahr 2027 entstehen.

Herr Rudi erkundigt sich, welche Auswirkungen dies auf die dortigen Baumaßnahmen haben wird.

Herr Jehn antwortet, dass keine Auswirkungen zu erwarten sind.

Herr Langnese möchte erfahren, ob zukünftig auch Anschaffungen von Fahrzeugen, gemeinsam mit den Nachbarstädten zu erwarten sind um Kosten einzusparen.

Her Jehn gibt an, dass in der vergangenen Woche das Notfallradio in Betrieb genommen wurde. An dieser gemeinsamen Maßnahme sind die Städte Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen beteiligt. Die Zusammenarbeit wird an vielen Stellen angestrebt und findet teilweise bereits statt.

Beim Fuhrpark sind andere Herausforderungen zu beachten. Individuelle Anforderungen in verschiedenen Städten und unterschiedliche Abschreibungszeiten innerhalb der benachbarten Kommunen machen eine gemeinsame Anschaffung von Rettungsfahrzeugen schwierig.

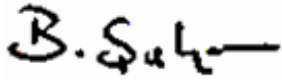
Darüber hinaus zeigen entsprechende Prüfungen lt. Herrn Brandenburg, dass auch nicht von einer großen Ersparnis beim Anschaffungspreis zu rechnen ist. Hierbei beruft er sich auf die Aussagen der herstellenden Unternehmen.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/17/7074 einstimmig positiv vor.

10 Antrag der Linke.Liste-Ratsfraktion gem. § 2 der Geschäftsordnung für den
Rat der Stadt: Verzicht auf Strafverfolgung wegen der Nutzung öffentlicher
Verkehrsmittel ohne gültigen Fahrschein
A/17/6857-01

Herr Rudi zieht den TOP Ö10 für die Fraktion Die.Linke zurück. Die Vorlage wurde versehentlich durch die Fraktion eingereicht und wurde bereits in der Vergangenheit durch den Rat der Stadt Oberhausen abgelehnt.

Der Antrag wurde durch die Fraktion Die.Linke zurückgezogen.



Ausschussvorsitzender
Bülent Sahin



Schriftführer
Daniel van Wessel-Gnoß